



Die Stadtverordnetenversammlung
- Ausschuss für Bürgerbeteiligung und
Netzpolitik -

Tagesordnung Punkt 4 der öffentlichen Sitzung am 7. November 2017

Vorlagen-Nr. 17-F-33-0009

Zentrales Bürgerportal - gem. Antrag von SPD und CDU vom 10.10.2017 -

Jüngst hat das Bundeskabinett einen bedeutenden Schritt bei der weiteren Entwicklung des E-Government in Deutschland gemacht. In den kommenden fünf Jahren sollen die Verwaltungsportale aller Behörden in Bund, Ländern und Kommunen zu einem Portalverbund verknüpft werden, wodurch den Bürgerinnen und Bürgern ermöglicht werden soll, sich im Portal über individuelle Nutzerkonten anzumelden und mit dem für die jeweilige Verwaltungsdienstleistung notwendigen Sicherheitsniveau zu authentifizieren.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

1. ob es bereits erste Abstimmungsprozesse zwischen der Landeshauptstadt Wiesbaden (LHW), den Ländern und dem Bund gegeben hat. Was haben diese Gespräche für Ergebnisse erzielt?
2. und zu prüfen, ob die LHW als „Test-Kommune“ eine Vorreiterrolle einnehmen kann, um so Insellösungen, die in spätestens fünf Jahren wegen des zentralen Bürgerportals ohnehin obsolet wären und daher unnötig Kosten verursachen würden, zu vermeiden.

Beschluss Nr. 0076

1. Der gemeinsame Antrag von SPD und CDU vom 10.10.2017 betr.

Zentrales Bürgerportal

hat durch die in der heutigen Sitzung geführte Aussprache seine Erledigung gefunden.

2. Der Magistrat wird gebeten, in ca. 6 Monaten über den Stand des Verfahrens mündlich zu berichten.

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .11.2017

Beyes
Vorsitzende

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Wiesbaden, .11.2017

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Gabriel
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .11.2017

1. Dezernat II zu Ziffer 2
mit der Bitte um weitere Veranlassung
2. Abdruck:
Dezernat VI
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Gerich
Oberbürgermeister